

**Ferhad Ibrahim / Mir A. Ferdowsi**

**(Hrsg.)**

**Die Kuwait-Krise**

**und das regionale Umfeld.**

**Hintergründe, Interessen, Ziele**

# Inhaltsverzeichnis

Inhalt . . . . .	iii
Vorbemerkung . . . . .	v
Einleitung . . . . .	vi
<i>Mir A. Ferdowsi</i>	
Die Kuwait-Krise: Verbote einer "neuen Weltordnung" oder Verdrängungswettbewerb um die (Wieder)Erlangung regionaler Hegemonie? . . . . .	1
<i>Mohamed El Sayed Said</i>	
Die strukturellen Mängel im arabischen regionalen System . . . . .	19
<i>Irene Schlünder</i>	
Der Militäreinsatz am Golf. Sieg oder Niederlage für die Vereinten Nationen? . . . . .	29
<i>Martin Landgraf</i>	
Die Europäische Gemeinschaft und die Kuwait-Krise . . . . .	47
<i>Frank-Martin Binder</i>	
Die Haltung Syriens in der Golf-Krise . . . . .	74
<i>Frank Gesemann</i>	
Ägypten und der Golf. Ägyptens Rolle während der Golf-Krise und in der regionalen Nachkriegsordnung . . . . .	92
<i>Ferhad Ibrahim</i>	
Saudi-Arabien: Eine regionale "Stabilitätsmacht"? . . . . .	112
<i>Karin Kulow</i>	
Der Einheitsbegriff in der Baath-Ideologie . . . . .	133
<i>Dietrich Reetz</i>	
Pakistans Engagement in der Golf-Region. Islamische Solidarität oder regionale Machtpolitik? . . . . .	147

*Ali Schirazi*

"Oh Gott, laßt die Tyrannen sich gegenseitig  
bekämpfen" - Iran, Islam und der Golfkrieg ..... 163

Die Autoren des Bandes ..... 177

# Die Kuwait-Krise: Vorbote einer "neuen Weltordnung" oder Verdrängungswettbewerb um die (Wieder)Erlangung regionaler Hegemonie?

*Mir A. Ferdowsi*

## I. Einleitung

Wenngleich über die Ursachen und Hintergründe der Golfkrise inzwischen eine kaum mehr überschaubare Flut von Publikationen vorliegt<sup>1</sup>, bestätigt insbesondere die Entwicklung seit dem Waffenstillstand<sup>2</sup> den Verdacht, daß einer der wesentlichsten Aspekte der Krise bislang eher unterbelichtet geblieben ist,

---

<sup>1</sup> Siehe u.a. Ursula Braun: Epizentrum Kuwait: Die weltpolitische Dimension eines Regionalkonflikts, in: Aussenpolitik, Heft 1/1991, S. 59-68; dieselbe: Iraks Griff nach Kuwait, SWP-IP 2662, Ebenhausen, August 1990; Dan Diener: Mit den Philistern sterben? Saddam Husseins Raubzug und die neue Weltordnung, in: der überblick, Heft 4/1990, S.9-12; Henner Fürtig: Saddam Hussein - der neue Saladin? Irak und der Golfkrieg, Ost-Berlin 1991; Rémy Gorgé: Saddam Husseins zweites Abenteuer. Iraks Überfall auf Kuwait, in: Vereinte Nationen, Heft 6/1990, S. 197-201; Gerd Krell/Bernd W. Kubbig (Hrsg.): Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven, Frankfurt a. Main 1991; Bahman Nirumand (Hrsg.): Sturm im Golf. Die Kuwait-Krise und das Pulverfaß Nahost, Reinbek 1990; Bassam Tibi: Der Irak und der Golfkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/1991, S. 3-11; derselbe: Die irakische Kuwait-Invasion und die Golfkrise. Lokale und regionale Bestimmungsfaktoren eines internationalisierten Konflikts nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Beiträge zur Konfliktforschung, Heft 4/1990, S. 5-34; Siehe auch die Sammelbesprechung von Mir A. Ferdowsi: Die Kuwait-Krise - eine vorprogrammierte Katastrophe? in: Die Wochenzeitung "Das Parlament", Nr. 37/38 vom 6./ 13. 9. 1991, Das Politische Buch, S. 22/23.

<sup>2</sup> Etwa die Duldung der Niederwerfung der kurdischen Widerstandsbewegung um Kirkuk im Norden und der schiitischen um Basra im Süden des Irak durch die USA. Denn obgleich doch Präsidenten Bush am 15. Februar und noch einmal am 1. März dazu aufforderte, "das irakische Militär und das irakische Volk sollten es in ihre eigenen Hände nehmen, den Diktator Saddam Hussein zum Verschwinden zu zwingen (to step aside)" (Zit. nach Marion Gräfin Dönhoff: Die bittere Bilanz des Golfkrieges. Unternehmen Wüstensturm: von der Moralpolitik zur Realpolitik, in: DIE ZEIT vom 12. April 1991, S. 1) deutet die Entwicklung seit dem Abschluß des Waffenstillstandes darauf hin, daß sowohl die USA und ihre arabischen Verbündeten als auch der Iran, wie erst kürzlich Präsident Rafsandschani anlässlich seines Staatsbesuchs in Syrien unterstrich (Süddeutsche Zeitung vom 29. Mai 1991, S. 9), kein Interesse an einem Auseinanderfallen des Irak und ein daraus möglicherweise resultierendes Machtvakuum haben. Es wird immer offensichtlicher, daß ihnen ein geschwächter und daher willfähriger Saddam Hussein lieber ist als die Machtübernahme "unberechenbarer" Kurden und Schiiten.

nämlich der Macht- und Hegemoniekonflikt um die Erlangung (Irak) bzw. der Wiederherstellung (USA) einer regionalen Vormachtstellung.

Der vorliegende Beitrag ist ein Versuch, im Lichte der Interessen beider Hauptakteure - USA und Irak - diesen Aspekt näher zu beleuchten. Diesem vorangestellt ist allerdings jeweils eine Problematisierung der Begründungen, mit denen beide Seiten ihren militärischen Aufmarsch zu rechtfertigen suchten.

## **II. Die irakische Position: Vom "Aggressor" zum "Befreier" oder Drang nach der Erlangung der "regionalen Vormachtstellung"?**

Irak hat bekanntlich lange Zeit versucht, den Einmarsch seiner Truppen am 2. August 1990 und die anschließende Annexion Kuwaits mit der Begründung zu rechtfertigen, das Scheichtum sei ein integraler Bestandteil des Irak, und stützte sich dabei vor allem auf die zeitweise Zugehörigkeit Kuwaits zur osmanischen Provinz Basra. Doch von der massiven Reaktion der internationalen Gemeinschaft überrascht, verband Irak am 12. August die Kuwait-Frage mit der Lösung der Palästinenser-Frage, in dem Saddam Hussein als Voraussetzung für eine friedliche Beilegung des Konflikts die Durchsetzung aller Nahost-Entschließungen des UN-Sicherheitsrates forderte, darunter diejenigen, welche den Abzug Israels aus den besetzten Gebieten und Syriens aus dem Libanon forderten.

Es steht außer Zweifel, daß Saddam Husseins Versuch, eine Lösung der Kuwait-Krise mit der Einberufung einer Palästina-Konferenz zu verknüpfen, ihm allenfalls als Vehikel diene, sich nicht als Aggressor, sondern als Befreier zu präsentieren. Ein weiteres Ziel war, mit dem Verweis auf die 23 Jahre währende Besetzung palästinensisch-arabischer Gebiete durch Israel in den Augen der arabischen Massen - wie es sich erwiesen hat nicht ganz ohne Erfolg<sup>3</sup> - die Doppelmoral der internationalen Sanktionen und Aktionen offenzulegen und die aus vielfältigen Gründen aufgestaute Frustration der arabischen Massen in Hoffnungen auf die befreiende Tat Saddam Husseins und in Wut gegen den Westen, insbesondere die USA zu verwandeln.

Weniger erfolgreich war hingegen sein historischer Anspruch auf Kuwait, der bei näherer Betrachtung jeder rechtlichen Grundlage entbehrt. Selbst ein flüchtiger Blick auf die Entstehungsgeschichte beider Staaten<sup>4</sup> verdeutlicht, daß

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu Volker Perthes: Die andere Perspektive. Zur Reaktion der arabischen Welt auf das Vorgehen der Alliierten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/1991, S. 328-334.

<sup>4</sup> Siehe hierzu u.a. Ulrich Gehrke/Gustav Kuhn: Die Grenzen des Irak. Historische und rechtliche Aspekte des irakischen Anspruchs auf Kuwait und des irakisch-persischen Streits um den Schatt al-Arab, Stuttgart 1963 ; Siehe auch H. Mejcher: Geerbte Probleme, wiederkehrende Krisen. Der nahöstliche Raum in seinen historischen Dimensionen, in: Der Überblick, Heft 4/1990, S. 13-16.

Kuwait bereits vor Irak als Staat existierte. Es wurde um 1716 von dem heute noch herrschenden Clan der Al-Sabah gegründet und erst ab 1845 - unter Beibehaltung seiner Autonomie und nur für 49 Jahre - durch das osmanische Reich von Basra aus verwaltet. Um die Souveränität über sein Gebiet langfristig gegen die türkische Großmacht zu sichern, erbat der regierende Scheich Mubarak 1899 um britische Protektion und trat die Wahrnehmung seiner Außenpolitik an die britische Krone ab. Als Belohnung für die Kooperation Kuwaits bei der Rückeroberung Basras während des Ersten Weltkriegs wurde Scheich Mubarak die Anerkennung als unabhängige Regierung unter britischer Protektion versprochen. Diesen Status behielt Kuwait bis zur völligen Unabhängigkeit 1961 bei.

Irak ist hingegen bekanntlich erst als Folge der Auflösung des Osmanischen Reiches entstanden, als die Gebiete im Nahen Osten unter Frankreich und England aufgeteilt und diesen im Oktober 1920 vom Völkerbund als Mandatsgebiet überlassen wurden. Großbritannien gewährte Irak zwar bereits im Jahre 1922 eine Teilautonomie, doch das Mandat wurde erst im Januar 1932 aufgegeben und Irak wurde erst im Oktober 1932 formal unabhängiger Staat. Die Grenzen zwischen beiden Staaten wurden erstmals 1932 in einem Briefwechsel zwischen dem Scheich von Kuwait und dem britischen Hochkommissar für den Irak festgelegt. In einem weiteren Briefwechsel im August - dann allerdings mit dem irakischen Premier Nuri as-Said - wurde diese Grenze bestätigt. Darin wurden ausdrücklich die später umstrittenen Inseln Bubiyan und Warba Kuwait zugeschlagen.

Insbesondere seit dem Sturz der Monarchie im Irak im Jahr 1958 war die Grenzfrage Gegenstand von zum Teil militärischen Auseinandersetzungen, bei denen sich der Irak stets auf den Umstand berief, daß er zum Zeitpunkt der Grenzfestlegung nicht unabhängig gewesen sei. So 1961, als der irakische Premierminister Kassem eine Woche, nachdem Großbritannien am 19. Juni 1961 Kuwait aus dem Protektoratsstatus in die Unabhängigkeit entließ, erklärte, Kuwait sei ein integraler Bestandteil des Irak und mit der gewaltsamen Befreiung des Gebiets drohte. Erst die Stationierung von britischen und saudischen Streitkräften in Kuwait am 1. Juli, die später durch Truppen der Arabischen Liga ersetzt wurden, verhinderte eine Eskalation des Konflikts<sup>5</sup>. Die akute Bedrohung für Kuwait schwand allerdings erst mit der Machtübernahme der Baath-Partei unter Oberst Aref im Irak und dem Beschluß der UNO-Vollversammlung vom 14. Mai 1963, Kuwait als 111. Mitglied in die Weltorganisation aufzunehmen. Am 4. Oktober erkannte auch Irak die Souveränität

---

<sup>5</sup> Die Parallelen zur heutigen Entwicklung sind insofern verblüffend, als Kassem schon damals das Schicksal Kuwaits mit dem der Palästinenser verband. Nur ein einheitliches, vereintes Irak einschließlich Kuwait könne, so behauptete er, Palästina befreien und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat erwirken. Ausführlicher hierzu siehe U. Gehrke/G. Kuhn (Anm. 4).

des Staates Kuwait an und bezog sich dabei explizit auf die Briefwechsel zwischen dem irakischen Ministerpräsidenten und dem britischen Gouverneur in Kuwait von 1932. Der Grenzverlauf zwischen den beiden Staaten wurde jedoch nicht demarkiert.

Ob und inwieweit die "Golfkrise", wie gemeinhin angenommen wurde, in erster Linie von wirtschaftlichen Motiven geleitet war, durch das Erzwingen direkter Zahlungen von Kuwait<sup>6</sup> oder die Erhöhung der Erdölexporte zusätzliche Einnahmen zu erzielen, kann zwar hier nicht näher abgeklärt werden<sup>7</sup>; wenngleich einiges darauf hindeutet, daß die Wirtschaftskraft des Irak bei weitem nicht mehr in der Lage war die gewaltige Schuldenlast des Krieges mit dem Iran zu bewältigen, deren Höhe auf ca. 80 Mrd. US-Dollar geschätzt wurde.<sup>8</sup>

Doch entgegen diesen und ähnlichen stereotypen Interpretationen<sup>9</sup>, die Saddam Husseins Ziele, Interessen und Handlungen auf einer uns fremden und für uns nicht nachvollziehbaren orientalischen, arabischen oder islamischen Logik zurückgeführt haben<sup>10</sup>, läßt sich die irakische Motivation vielmehr nur vor dem Hintergrund von Saddam Husseins Politik spätestens seit der erneuten Machtergreifung der Baath-Partei im Irak im Jahre 1968 verstehen, die - basierend auf der Ideologie der panarabischen Baath-Partei - nicht nur den Irak aus

---

<sup>6</sup>Indizien hierfür liefern Efraim Karsh/Inari Rautsi: Warum Saddam Hussein in Kuwait einmarschierte, in: G. Krell/ Bernd W. Kubbig (Hrsg.): (Anm. 1), S. 57-65.

<sup>7</sup>Vgl. hierzu u. a. Sefik Alp Bahadir: Saddam Hussein und der "Club der Reichen". Wirtschaftliche Hintergründe des irakischen Überfalls auf Kuwait, in: Nirumand (Anm. 1), S. 100-117.

<sup>8</sup> Diese Summe setzt sich u. a. aus etwa 40 Mrd. Dollar Schulden bei den arabischen Golfstaaten, insbesondere Saudi-Arabien und Kuwait sowie ca. 16-20 Mrd. Dollar garantierten Handelsschulden gegenüber westlichen Ländern zusammen. Der Rest entfiel auf unbezahlte militärische Güter und Leistungen vor allem aus der UdSSR und Frankreich. Vgl. E. Karsh/I. Rautsi (Anm. 7), S. 218.

<sup>9</sup> Neben dem Vergleich Saddam Husseins mit Hitler waren es insbesondere drei Stereotypen, mit denen bis zum Januar 1991 versucht wurde, den massiven Aufmarsch alliierter Truppen zu rechtfertigen: zum einen die Präsentation von Saddam Hussein als einen "orientalischen Despoten", zum anderen die Zuordnung der irakischen Propaganda zum islamischen Fundamentalismus und schließlich drittens - und weitaus gravierender - die Deutung der pro-irakischen Demonstrationen in einigen arabischen Staaten durch den Begriff "arabische Mentalität". Zu den politisch-ideologischen Hintergründen dieser Stereotypen siehe Reinhard Schulze: Vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts, in: Peripherie, Nr. 41/1991, S. 5-12.

<sup>10</sup> Siehe hierzu insbesondere den Versuch von Heinz Halm, der, ausgehend von der Frage, ob es eine morgenländische Mentalität gibt, die dem rationalen Abendländer verschlossen bleiben muß, den längst überfälligen Versuch unternommen hat, entlang und am Beispiel der vorherrschenden Ideologien in der islamischen Welt zu verdeutlichen, daß die Annahme einer besonderen orientalischen, arabischen oder islamischen Denkstruktur, die mit der des Abendländers unvereinbar sei, nicht zutrifft; Heinz Halm: Die Panikmacher. Wie im Westen der Islam zum neuen Feindbild aufgebaut wird, in: Süddeutsche Zeitung vom 16/17.2.1991 "SZ am Wochenende", S. I.

der arabischen Peripherie herauszureißen und zur regionalen Vormacht zu entwickeln versuchte, sondern insbesondere die persönlichen Ambitionen Saddam Husseins widerspiegeln, innerhalb der arabischen Welt jenes Vakuum zu füllen, das durch den Tod Nassers zu Beginn der 70er Jahre entstanden war. Eine solche Interpretation läßt sich durch eine nähere Betrachtung der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen der letzten 20 Jahre durchaus untermauern, deren wichtigste hier kurz skizziert werden:

Als ersten Versuch in dieser Richtung muß wohl die Reaktion der irakischen Regierung angesehen werden, die zwar kurz vor der Auflösung aller britischen Militärbasen "östlich von Suez" 1971 eine Politik nach dem Motto "Golf den Golfanrainern", propagierte, um die Region dem Einfluß der Großmächte zu entziehen. Doch als es dem Schah-Regime schließlich gelang, in Übereinstimmung mit den USA die Führung in der Golfregion zu übernehmen und das durch den Abzug der britischen Truppen entstandene Machtvakuum aufzufüllen, schloß Irak, der "durch die sowjetischen Waffenlieferungen in die Lage versetzt worden war, seine traditionellen Hegemonieansprüche wieder zur Geltung zu bringen"<sup>11</sup> ein Jahr danach mit der Sowjetunion einen Freundschaftsvertrag.

Sowohl als Kompensation dieser Niederlage wie auch als Teil der irakischen Zielsetzung, regionale Hegemonie zu erlangen, muß die zweite irakisch-kuwaitische Krise von 1973 interpretiert werden, als Verhandlungen zwischen beiden Staaten um Wasserlieferungen einerseits und die Vergabe eines bedeutenden Kredits Kuwaits an den Irak andererseits scheiterten. Denn gestützt auf sein überlegenes Militärpotential und die fehlende Grenzmarkierung erklärte Irak die Absicht, seine Gebietsforderungen, insbesondere hinsichtlich der beiden Golfinseln Warba und Bubiyan, endgültig durchzusetzen. Den Hintergrund bildete wohl der Umstand, daß gerade zu dieser Zeit die beiden Inseln zum einen als neue Basis für Erdölexporte dringend gebraucht wurden, zum anderen als Zugang zum neuen, mit sowjetischer Hilfe gebauten irakischen Hafen in Umm Qasr für militärische Operationen im Golf. Sie hätten darüberhinaus die strategische Position des Iraks gegenüber dem Iran in der Auseinandersetzung um die Grenzziehung am Schatt al-Arab gestärkt. Die Krise eskalierte, als am 20. März irakische Truppen die Grenze zu Kuwait überschritten. Insbesondere Iran und Saudi-Arabien zeigten sich vom irakischen Vorgehen betroffen, da sie für den Fall eines irakischen Sieges eine Ausdehnung des Machtbereichs der Sowjetunion fürchteten. Kuwait lehnte zwar ein Militärhilfeangebot Irans ab, erklärte sich aber bereit, 15.000 saudische Soldaten in Kuwait stationieren zu lassen. Doch aus bislang ungeklärten Gründen zog der Irak am 5. April seine Truppen ab, bestand jedoch nach wie vor auf der Kontrolle beider Inseln. Kuwait lehnte diese Forderung ab und verweigerte darüberhin-

---

<sup>11</sup> Henry A. Kissinger: Memoiren 1968-1973, München 1979, S. 1340.

aus einen Pachtvertrag für die fraglichen Gebiete, erklärte sich jedoch bereit, als Ausgleich in irakische Entwicklungsprojekte zu investieren und irakischen Staatsbürgern in Kuwait eine Vorzugsbehandlung zukommen zu lassen.

Es sprechen auch eine Reihe von Indizien für die Annahme, daß Saddam Hussein mit der Einberufung der beiden arabischen Gipfelkonferenzen von 1978 und 1979 nach Bagdad, auf denen Ägypten wegen seiner Friedensverhandlungen zunächst verwarnt und dann aus der Arabischen Liga ausgeschlossen wurde die allgemeine arabische Empörung über "Sadats Verrat" für seine eigenen Ziele ausnützte. Die Verbannung Ägyptens führte zwar zur Annäherung zwischen den beiden Erz-Rivalen Irak und Syrien und am 16. Juni 1979 zur Proklamation einer "Vereinigten Arabischen Führung der beiden Regionen"<sup>12</sup> mit dem ausdrücklichen Auftrag, "die Grundlage für die Einheit der zwei Regionen zu vollenden" und "feste Grundlagen und die geeigneten Bedingungen für eine Union zwischen ihnen als Kern für die arabische Einheit zu bauen"<sup>13</sup>, doch als sich dem Irak mit der iranischen Revolution und der Vertreibung des Schahs eine vermeintliche Chance bot, seine regionale Vormachtstellung gegenüber dem Iran durchzusetzen, nahm der zum Staatspräsidenten gewählte Saddam Hussein einen angeblichen Putsch-Versuch zum Anlaß, diesen Syrien anzulasten und die Vereinigungspläne zu annullieren.

Die irakische Regierung begrüßte zwar den "anti-imperialistischen Charakter der Islamischen Revolution" im Iran und plädierte für ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zur Unterbindung jeglichen ausländischen Einflusses in der Golfregion nach dem alten Motto "Golf den Golfanrainern" und verkündete am 8. Februar anläßlich des 18. Jahrestages der ersten Machtergreifung der Baath-Partei im Irak eine Acht-Punkte-Deklaration, in der er sowohl die Grundregeln für die Beziehungen der arabischen Staaten untereinander als auch für deren Beziehungen zur Außenwelt bezogen auf die Region und den weiteren internationalen Rahmen aufstellte<sup>14</sup>. Während Punkt Zwei die Mittel und Mechanismen der Konfliktbewältigung unter den arabischen Staaten regelte, die ein "Verbot des Einsatzes der bewaffneten Streitkräfte irgendeines arabischen Staates gegen irgendeinen anderen arabischen Staat und der Regelung aller Streitfälle, die zwischen den arabischen Staaten entstehen können, mit fried-

---

<sup>12</sup> Siehe hierzu Reinhard Bolz/Thomas Koszinowski: Die syrisch-irakischen Einigungsbestrebungen: Hintergründe, Grenzen und Auswirkungen, in: Orient, Nr. 3/1979.

<sup>13</sup> Näheres hierzu siehe Fuad Matar: Saddam Hussein: The Man, the Cause and the Future, London 1981, Zit. nach Faroug Farhan: Probleme des iranisch-irakischen Konfliktes von 1968-1984, Frankfurt a. Main 1989, S. 184.

<sup>14</sup> Saddam Hussein: Deklaration des Staatspräsidenten Saddam Hussein zur Regelung der nationalen Beziehungen zwischen den arabischen Staaten, Bagdad, 8. Februar 1980 (Deutsche Übersetzung der irakischen Botschaft, Bonn 1980). Ausführlicher zu den Hintergründen siehe F. Farhan (Anm. 14) S. 174-197.

lichen Mitteln und im Lichte der Grundsätze der gemeinsamen nationalen Aktion und des höheren arabischen Interesses" festschrieb, sollte nach dem dritten Prinzip der in Artikel zwei angeführte Grundsatz auch " auf die Beziehungen der arabischen Nation und ihrer Länder zu den dem arabischen Vaterland benachbarten Nationen und Staaten angewandt (werden). So dürfen die bewaffneten Streitkräfte in den Streitfällen mit diesen Staaten nicht eingesetzt werden, ausgenommen im Falle der Verteidigung der Souveränität und der Selbstverteidigung gegen Bedrohungen, die die Sicherheit und die vitalen Interessen der arabischen Länder berühren"

Doch unmittelbar nach der Veröffentlichung der Deklaration forderte die irakische Regierung als ersten Schritt für eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik die Wiedergutmachung der "Fehlgriffe des Schahs" und die Anerkennung der Souveränität und der legitimen Rechte des Iraks im Gebiet des Schatt al-Arab. Als die iranische Regierung dieses Ansinnen ablehnte, annullierte Saddam Hussein am 17. September 1980 den Vertrag von Algier und suchte am 23. Sept. mit einem Blitzkrieg , wie es in einem Kommuniqué der irakischen Regierung hieß " Persien zu zwingen, die irakische Souveränität und den Willen der arabischen Nation zu respektieren"<sup>15</sup>. Dabei empfahl er sich nicht nur als Stütze der konservativen arabischen Monarchien gegen den Export der islamischen Revolution und als Wahrer der arabischen Interessen, sondern auch dem Westen als Garant für die Sicherheit der Erdölrouten in einer Region, die durch den Gang der iranischen Revolution zutiefst erschüttert war.

Der Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges führte zugleich auch zu einer Erneuerung der irakischen Ansprüche auf Warba und Bubiyan im Juli 1981. Wiederum verlangte der Irak einen Pachtvertrag für die Inseln. Doch aus der Sorge vor einer Verwicklung in dem Konflikt verweigerte Kuwait die Überlassung der Inseln, erklärte sich jedoch bereit, Irak mit Milliardenbeträgen zu unterstützen.

Seine seit 1967 abgebrochenen Beziehungen zu den USA verbesserte Irak zu Beginn der 80er Jahre, als der irakische Außenminister Hammadi gemeinsam mit der amerikanischen UNO-Botschafterin Kirkpatrick für den UN-Sicherheitsrat einen gemäßigten Resolutionsentwurf gegen die Bombardierung des irakischen Kernforschungszentrums am 7. Juni 1981 ausarbeitete. Die Aufnahme offizieller diplomatischen Beziehungen zwischen Irak und USA erfolgten dann drei Jahre später.

Als die Genfer Friedensgespräche zwischen Iran und Irak<sup>16</sup> trotz zweijähri-

---

<sup>15</sup> Zit. nach Franz Freistetter: Der irakisch-iranische Krieg. Ein Überblick über die Anfangsergebnisse, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 6/1980, S. 463.

<sup>16</sup> Siehe hierzu Mir A. Ferdowsi: Die Genfer "Friedensgespräche" zwischen Iran und Irak - Chance für eine Beilegung des Konflikts am Golf? in: Zeitschrift für Politik, Heft 1/1989, S. 63-74.

ger Verhandlungen auf der Stelle traten, bot Saddam Hussein zur völligen Überraschung der Beobachter im April 1990 dem Iran ein Gipfeltreffen und den Abschluß eines Friedensvertrages an. Eine retrospektive Betrachtung verhärtet den Verdacht, daß dieses Friedensangebot nur vor dem Hintergrund der später erfolgten Invasion in Kuwait zu interpretieren ist, mit dem Ziel, sich den Rücken freizuhalten. Denn knapp zwei Wochen nach der Einverleibung Kuwaits bot Saddam Hussein - ohne dies ausdrücklich mit Gegenforderungen zu verbinden - am 15. August dem Iran die Rückkehr zum Status quo ante d.h. zum Vertrag von Algier, Räumung der besetzten Gebiete und die sofortige Freilassung der Kriegsgefangenen an. Damit hatte er die Früchte eines Krieges preisgegeben, der mit einer geschätzten Zahl von etwa 1 Mio. Opfern (350.000 Tote und 650.000 Verwundete) nicht nur einer der grausamsten Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg war, sondern auch mit Kriegskosten von annähernd 400 Mrd. Dollar einer der kostenintensivsten.

Doch auch diese zunächst irrational anmutende Entscheidung läßt sich erklären. Zum einen wäre dieses "Opfer" für Irak nicht schwerwiegend gewesen, wenn er im Besitz Kuwaits geblieben wäre; zum anderen und im Kontext der langfristigen politischen und geostrategischen Ziele Saddam Husseins nach Erlangung der regionalen Hegemonie war die wichtigste Lehre aus dem iranisch-irakischen Krieg die Erkenntnis, daß ein Hegemoniestreben in der Region ohne größeren Zugang zum Golf zum Scheitern verurteilt ist. Denn außer einem sehr begrenzten, 50 Meilen breiten Zugang zum Golf ist Irak nahezu ein Binnenland. Der Anspruch auf Kuwait oder zumindest die Beibehaltung der beiden kuwaitischen Inseln Warba und Bubiyan ist damit auch ein geopolitischer Anspruch auf den Zugang zur Küste. Als Binnenland ist der Irak nicht nur in seinem Vordringen als regionale Vormacht behindert, sondern er ist auch in seinem Ölexport angesichts des Fehlens eines irakischen Tiefwasserhafens sehr stark von dem Wohlwollen seiner Nachbarn Türkei, Syrien und Jordanien abhängig, durch deren Gebiete die Ölpipelines laufen. Ein Umstand, der wohl als Hauptmotiv für irakisch-kuwaitische Konflikte auch in der Vergangenheit angesehen werden muß.

### **III. Die Position der USA : Verteidigung der "Ölversorgung" oder "Demonstration amerikanischer Stärke"?"**

Präsident Bush führte in seiner Rede an den Kongreß zu Beginn der Operation "Wüstenschild" u.a. die Sicherung der Ölinteressen des Westens als Hauptziel der Alliierten an, als er seine Entschlossenheit unterstrich, nicht zuzulassen, daß "ein Irak die wirtschaftliche und militärische Macht besitzt, seine Nachbarn einzuschüchtern und unter Druck zu setzen - Nachbarn, die über den Löwenanteil der übrigen Welterdölvorräte verfügen;" und auch nicht zu erlauben, daß "solche lebenswichtigen Bodenschätze von jemandem beherrscht

werden, der so rücksichtslos handelt"<sup>17</sup>. Die Notwendigkeit des amerikanischen Engagement am Golf begründete Außenminister Baker etwas differenzierter am 5. Dezember 1990 in einer Erklärung vor dem Senatsausschuß wie folgt<sup>18</sup>:

*Strategisch*, weil "Saddam Hussein ein unberechenbarer Diktator (ist), dessen Machtgelüste so maßlos sind wie seine Brutalität, mit der er sie zu befriedigen sucht...";

*Geographisch*, weil "Saddam Husseins Aggression in einem politischen Pulverfaß stattgefunden (hat), das an drei Kontinente grenzt. Sein Erfolg würde lediglich mehr Hader, mehr Konflikte und möglicherweise einen Krieg für mehr Länder bedeuten...";

*Wirtschaftlich*, weil "Saddams Aggression die ungehinderte Ölversorgung der Welt(gefährdet), es besteht die Gefahr einer Rezession und Depression hier und im Ausland, die insbesondere die schwachen Demokratien treffen würde, die damit am wenigsten fertigwerden würden. Seine Aggression ist der Versuch, den wirtschaftlichen Aufschwung der Welt nach dem Kalten Krieg an die Launen eines einzelnen Mannes zu verpfänden";

*Moralisch*, weil "wir so handeln (müssen), daß das Völkerrecht und nicht das Unrecht von Verbrechern die Welt nach dem Kalten Krieg regiert...";

*Historisch*, weil "wir dem kuwaitischen Volk beistehen (müssen), so daß die Annexion Kuwaits nicht die erste Realität wird, die uns den Blick auf eine neue Weltordnung trübt. Wir müssen mit der internationalen Staatengemeinschaft fest zusammenstehen, damit die Vereinten Nationen nicht den Weg des Völkerbunds gehen";

*Politisch*, weil "wir zur amerikanischen Führungsrolle stehen (müssen), nicht weil wir sie anstreben, sondern weil niemand anders sie übernehmen kann. Und wir haben nicht vierzig Jahre Einigkeit demonstriert, um den Kalten Krieg zu einem friedlichen Ende zu führen und dann die Welt Leuten wie Saddam Hussein zu überlassen".

Es steht zwar außer Zweifel, daß die Sicherung der Ölquellen im Nahen Osten schon seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges - insbesondere nach dem gewonnenen Verdrängungswettbewerb um ökonomischen und politischen Einfluß in der Region gegenüber Großbritannien<sup>19</sup> - eine der Konstanten ameri-

---

<sup>17</sup> Zit. nach R. Gorgé (Anm.1), S. 200.

<sup>18</sup> Zit. nach amerika-dienst, Nr. 49 (12. Dezember 1990), Bonn, S. 49/50.

<sup>19</sup> Zum Verlauf und den Hintergründen dieses Prozesses siehe Konrad W. Watrin: Machtwechsel im Nahen Osten. Großbritanniens Niedergang und der Aufstieg der Vereinigten Staaten 1941-1947, Frankfurt a. Main 1989.

kanischer Nah- und Mittelostpolitik bildet<sup>20</sup>, wie zuletzt 1980 anlässlich der Afghanistan-Intervention demonstriert wurde, als Präsident Jimmy Carter in seiner Botschaft an den Kongreß in der sog. "Carter-Doktrin" die Grundlinien der amerikanischen Politik wie folgt skizzierte : "Die jetzt durch die sowjetischen Truppen in Afghanistan bedrohte Region ist von großer strategischer Bedeutung: In ihr liegen mehr als zwei Drittel des exportierbaren Öls der Welt. Die sowjetischen Anstrengungen, Afghanistan zu beherrschen, haben die sowjetischen Streitkräfte bis auf 300 Meilen an den Indischen Ozean herangebracht und nahe an die Straße von Hormuz -einen Seeweg, durch den ein Großteil des Öls der freien Welt transportiert werden muß. Die Sowjetunion versucht, eine strategische Position zu konsolidieren, die eine schwere Bedrohung für die freie Bewegung des Mittelostöls darstellt. Diese Situation...erfordert kollektive Anstrengungen, um dieser neuen Bedrohung der Sicherheit im Persischen Golf und in Südwestasien zu begegnen. Sie verlangt die Beteiligung all jener, die vom Öl aus dem Mittleren Osten abhängig und um den Frieden und die Stabilität in der Welt besorgt sind.... Wir müssen das Beste in uns fordern, um die Sicherheit dieser entscheidend wichtigen Region zu erhalten....Ein Versuch irgendeiner auswärtigen Macht, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als ein Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet werden. Und solch ein Angriff wird unter Einsatz aller notwendigen Mittel, einschließlich militärischer Macht, zurückgewiesen werden".<sup>21</sup>

Bei näherer Betrachtung erweist sich allerdings, daß hinsichtlich der irakischen Aggression derartige Ängste in mehrerlei Hinsicht unbegründet waren bzw. sind<sup>22</sup> und die massive militärische Reaktion der USA in keiner Weise die Bedeutung der beiden Länder für die gegenwärtige Erdölversorgung des Nordens widerspiegelt<sup>23</sup>. Zum einen weil die gesamte Ölförderung der neun Golfstaaten (Bahrain, Iran, Irak, Kuwait, Neutrale Zone, Oman, Katar, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate) Ende 1989 nur 25,7% der Welt-erdölproduktion ausmachte, wobei Irak 4,8% und Kuwait ganze 2,7% der

---

<sup>20</sup> Siehe F.S. Abu-Jaber: *American-Arab Relations from Wilson to Nixon*, Washington 1979 sowie A. Acharya: *U.S. Military Strategy in the Gulf. Origins and Evolution under the Carter and Reagan Administrations*, London/New York 1989.

<sup>21</sup> "Die Botschaft des Präsidenten Jimmy Carter vom 23. Januar 1980 an den Kongreß über die Lage der Nation", in: Ernst-Otto Czempel/C-Ch. Schweitzer : *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 276, Bonn 1989, S. 380.

<sup>22</sup> Näheres hierzu siehe Jörg Huffschild: *Und wer zahlt die Spesen? Kosten und weltwirtschaftliche Folgen des Golfkrieges*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 3/1991, S.358 ff.

<sup>23</sup> Ausführlicher hierzu siehe B. May: *Die Kuwait-Krise und die Energiesicherheit des Westens*, in: *Europa-Archiv Folge 18/1990*, S. 543 ff.

Weltfördermenge auf sich vereinigte<sup>24</sup>. Zum anderen weil selbst dann, wenn die Annexion Kuwaits nicht rückgängig gemacht worden wäre, beide Länder zusammen mit 19,5% der bekannten Ölreserven der Welt nur über ein Fünftel der Welterdölreserven verfügt hätten. Ebenso wenig überzeugend sind Befürchtungen, Irak wäre in der Lage gewesen, den Welterdölpreis entscheidend zu beeinflussen oder gar zu diktieren. Denn hierbei wird die Tatsache übersehen, daß selbst wenn der Irak die Öllieferungen aus dem Golf beherrschen würde, dies langfristig keine wirkliche Bedrohung für die Industrieländer darstellen würde, da die irakische Abhängigkeit vom Öllexport größer ist als die Abhängigkeit des Westens von den irakisch-kuwaitischen Exporten<sup>25</sup>. Dieser Tatbestand wurde insbesondere durch die Erfahrungen mit den Ölkrisen von 1973 (Oktober-Krieg) und 1979 (iranische Revolution) sowie dem massiven Rückgang des Anteils des OPEC-Öls von 65% der Weltproduktion im Jahre 1973 auf heute 35%<sup>26</sup> ebenso bestätigt wie durch das Verhalten einzelner Verbraucherländer - etwa der Bundesrepublik, deren Nahost-Erdöleinfuhren von 43% im Jahre 1980 rapide auf nur noch 23% im Jahre 1990 zurückgegangen sind. Zwar ist es dem OPEC-Kartell im Laufe der Zeit gelungen, den Ölpreis von 1,83 Dollar (1973) auf 11,65 (1974) und dann noch einmal auf 28 Dollar (April 1979) hochzuschrauben, doch die Ölversorgung der USA, Europas oder Japans ist dadurch bekanntlich weder zusammengebrochen noch je gefährdet gewesen.

Als Präsident Bush am 16. Januar in seiner Rede an die Nation den Beginn der Operation "Wüstenturm" zur Befreiung von Kuwait bekannt gab, begründete er die Notwendigkeit der Aktion nicht nur als einen historischen Moment, sondern sah darin die Möglichkeit "für uns selbst und für kommende Generationen eine neue Weltordnung zu schaffen, eine Welt, in der die Regeln des Gesetzes, nicht das Gesetz des Dschungels das Verhalten der Nationen untereinander bestimmt. Wenn wir Erfolg haben - und wir werden ihn haben -, haben wir eine echte Chance auf diese neue Weltordnung, eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UN ihre friedenssichernde Rolle einsetzen und so die Hoffnungen der Gründer der Vereinten Nationen erfüllen kann."<sup>27</sup>

Bei näherer Betrachtung erweisen sich diese Zielsetzungen in zweierlei Hinsicht als wenig überzeugend. Zum einen zeigt sich nicht erst jetzt, daß die "Neue Weltordnung", die Präsident Bush am 1. Oktober 1990 vor der Gene-

---

<sup>24</sup> Frank Gesemann: Schwarzes Gold. Der Konflikt um die Erdölreserven, in: der überblick, Heft 4/1990, S. 25-28.

<sup>25</sup> Näheres hierzu siehe M. Massarat: Die Krise am persischen Golf. Dimensionen einer Regionalkrise nach dem Ende der Bipolarität, in: Peripherie, Nr.39/40 (1990), S. 53-55.

<sup>26</sup> William Pfaff: Abschied von der Supermacht, in: die tageszeitung (taz), S.14.

<sup>27</sup> Zit. nach FAZ, 18. Januar 1991, S. 6.

ralversammlung der Vereinten Nationen dem umfangreichen Legitimationskatalog amerikanischen Engagements im Golf hinzufügte<sup>28</sup> bestenfalls eine schwärmerische, schlimmstenfalls jedoch eine hohle Propagandaformel war. Denn deren Inhalt blieb bis heute im Dunkeln<sup>29</sup> und die bislang allenfalls in Ansätzen präzisierten vier Prinzipien dieser "Neuen Weltordnung", nämlich "Friedliche Beilegung von Konflikten; Solidarität gegen Aggression; reduzierte und kontrollierte Waffenarsenale und gerechte Behandlung für alle Völker"<sup>30</sup> trägt kaum dazu bei zu verdeutlichen, was die Welt sich unter dieser Neuen Ordnung vorzustellen habe. Noch gravierender ist die Tatsache, daß hinsichtlich des letzten Prinzips der "gerechten Behandlung für alle Völker" diese "Neue Ordnung" zumindest hinsichtlich der kurdischen Tragödie ihren ersten Bewährungstest nicht bestanden hat.

Die Ankündigung einer solchen Absichtserklärung wird allenfalls vor dem allgemeinen Hintergrund der Legitimation amerikanischer Außenpolitik verständlich, die zwar stets realpolitisch motiviert, jedoch idealistisch begründet wird, da ohne Beschwörung der amerikanischen "Mission", Freiheit und Demokratie zu verteidigen, kein Präsident Zustimmung im Kongreß und Unterstützung in der Bevölkerung erhalten kann; insbesondere wenn es darum geht, amerikanische Soldaten in einen Krieg ziehen zu lassen. Die zu beobachtende Tendenz bei den meisten amerikanischen Präsidenten - von Truman bis Reagan - außenpolitische Entscheidungen "mit einer Aura universeller Bedeutung" - in der Regel "Doctrin" genannt -, zu umgeben, führt der Altmeister der amerikanischen Diplomatie, George F. Kennan, auf die "tiefe Abneigung der Amerikaner gegen spezifische Lösungen für spezifische Probleme und über ihre hartnäckige Suche nach allgemeingültigen Formeln und Lehrsätzen (zurück), die als Richtschnur und Rechtfertigung für spezifische Handlungen dienen könnten....Wir ziehen die allgemeinverbindliche Norm vor, die den Einzelfall miteinbegreift, damit wir nicht für jedes Problem eine individuelle Lösung suchen müssen, sondern automatisch so oder so entscheiden können je nachdem, ob die Umstände sich in die Norm fügen oder nicht".<sup>31</sup> Zwar bleibt

---

<sup>28</sup> In der Rede heißt es u.a.: "Die gegenwärtige Aggression bedroht nicht nur die Sicherheit einer Region, sondern die Zukunftsvision der gesamten Welt. Sie bedroht, den Traum von einer neuen internationalen Ordnung in einen schrecklichen Alptraum der Anarchie zu verwandeln, wobei das Gesetz des Dschungels das Völkerrecht verdrängt". Zit. nach U.S.Policy Information and Text, 2. Oktober 1990.

<sup>29</sup> Ausführlicher hierzu siehe A. Heinrich: *Mutmaßungen über die Neue Weltordnung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 5/1991, S. 547-560. Siehe auch Lawrence Freedman: *The Gulf war and the new world order*, in: *Survival*, No. 3/1991, S. 195-209.

<sup>30</sup> Siehe die Rede von Präsident Bush am 13. April auf dem Luftwaffenstützpunkt Maxwell in Montgomery, zit. nach SZ, 15. April 1991.

<sup>31</sup> George F. Kennan: *Memoiren eines Diplomaten*, Band 2, München 1971, S. 327.

auch Kennan eine Antwort auf die Frage schuldig, woher dieser hartnäckige Trieb amerikanischer Administrationen stammt, Entscheidungen zu verallgemeinern. Doch hinsichtlich der Folgen solcher Proklamationen im allgemeinen und in der Golfkrise insbesondere ist ihm zuzustimmen, wenn er schreibt: "Er erschwert der Öffentlichkeit das Verständnis für internationale Probleme, statt es ihr zu erleichtern. Er hemmt und verzerrt den Entscheidungsvorgang. Er bewirkt, daß nach Gesichtspunkten entschieden wird, die entweder nur bedingt erheblich oder völlig unerheblich sind. Und häufig läßt das Ergebnis die Differenziertheit des Urteils und die Klugheit der Formulierung vermissen, die eine Großmacht braucht, um ihre Unternehmungen erfolgreich zu gestalten"<sup>32</sup>.

Zum anderen und im Lichte der späteren Entwicklung erscheint auch die Aufwertung der Vereinten Nationen als äußerst fragwürdig. Es würde den Rahmen bei weitem sprengen, wollte man hier der Frage näher nachgehen, inwieweit die Aktionen mit der UN-Charta in Einklang zu bringen sind<sup>33</sup>, wenn auch der Inhalt der den Operationen seit dem 16. Januar zugrundegelegten Resolution 678 durch die Grundsätze des Völkerrechts gedeckt und als die kollektive Wahrnehmung des Rechts auf Notwehr gegen einen Aggressor gerechtfertigt sind. Doch es ist zugleich nicht zu übersehen, daß die UN-Legitimation immer stärker hinter den Ansprüchen der US-Interessen zurücktrat<sup>34</sup>, die aus eigener Kraft der Region eine neue Ordnung geben wollte bzw. will. Es verwundert daher kaum, wenn der Generalsekretär der Vereinten Nationen Perez de Cuéllar entmutigt feststellt: "Das ist kein Krieg der Vereinten Nationen. Es gibt weder Blauhelme noch die Fahne der Vereinten Nationen, und ich bin über den Kriegsverlauf nur durch die Alliierten informiert"<sup>35</sup>.

Eine nähere Betrachtung der Entwicklung seit Beginn der Krise deutet darauf hin, daß es sich hierbei allenfalls um eine scheinbare Aufwertung der Vereinten Nationen handelt. Denn während Präsident Bush bereits am 8. August mit der Operation "Wüstenschild" auf die irakische Invasion reagierte und als Teil einer sich formierenden multinationalen Streitmacht Truppen, Panzer und Kampfflugzeuge zum Schutz Saudi-Arabiens in Marsch setzte, erfolgte die Einbettung der amerikanischen Aktion in den Rahmen der Vereinten Nationen

---

<sup>32</sup> Ebd. (Anm. 32), S.328.

<sup>33</sup> Siehe hierzu u. a. Dieter Deiseroth: Krieg im Namen der Vereinten Nationen? Eine Kurzstudie zur völkerrechtlichen Lage, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/1991, S. 303-316 sowie N. Pech: Vom Umgang mit dem Völkerrecht, in: epd-Entwicklungspolitik 4/1991, Dokumentation S. h-j. Siehe auch den "Friedensaufruf deutscher Juristinnen und Juristen": Jenseits von Völkerrecht, in: Frankfurter Rundschau (FR) vom 9. Februar 1991.

<sup>34</sup> Siehe Mir A. Ferdowsi/Peter J. Opitz: Motor oder Feigenblatt: Die Rolle der Vereinten Nationen, in: G. Krell/Bernd W. Kubbig (Anm. 1), S. 120-128.

<sup>35</sup> Zit. nach DIE ZEIT, 15. Februar 1991, S.2.

erst am 29. November, als der Sicherheitsrat mit der Resolution 678 die mit Kuwait kooperierenden Mitgliedsstaaten für den Fall, daß sich der Irak bis zum 15. Januar nicht vollständig aus Kuwait zurückzieht dazu ermächtigte "alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um der Resolution 660 (1990) und allen dazu später verabschiedeten Resolutionen Geltung zu verschaffen und sie durchzuführen und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in dem Gebiet wiederherzustellen"<sup>36</sup>.

Die vermutete Instrumentalisierung der UN steht durchaus im Einklang mit den amerikanischen Zielen in dieser Region, die sich wie folgt kurz zusammenfassen lassen:

1. Erhaltung eines regionalen Gleichgewichts, um zu verhindern, daß sich in der Region am Persischen Golf einer der Anliegerstaaten oder eines der Nachbarländer als Vormacht etabliert und damit in der Lage wäre, auf die ganze Region Druck auszuüben.
2. Schutz der Interessen und der Sicherheit Israels.
3. Schutz der arabischen Verbündeten der Vereinigten Staaten, von Saudi-Arabien bis Ägypten.
4. Bewahrung des regionalen Einflusses der USA, da sie ein Interesse daran haben, in der Region Persischer Golf und Indischer Ozean wichtigste außerregionale Vormacht zu bleiben.<sup>37</sup>

Hierauf deuten einige Passagen in der bereits erwähnte Rede von Präsident Bush zu Beginn der Krise hin, als er unmißverständlich darauf hinwies, daß es "keinen Ersatz für die amerikanische Führungsrolle (gibt); niemand soll an der amerikanischen Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit und Ausdauer zweifeln."<sup>38</sup>

Gerade dieser Absatz weist verblüffende Parallelen zu jenen Zielsetzungen amerikanischer Golfpolitik auf, wie sie knapp zwei Jahre zuvor, im Frühjahr 1988, vom ehemaligen Sicherheitsberater Jimmy Carters, Brzezinski, formuliert worden waren, in dem dieser nicht nur eine Verlagerung der amerikanischen Außenpolitik von Europa zur Golfregion hin forderte, sondern auch für die Demonstration amerikanischer Stärke in der Region eintrat. Die Notwendigkeit einer solchen Politik begründete Brzezinski u.a. wie folgt: "In Südwestasien geht es in erster Linie um den Zugang zu den Erdölvorkommen am Golf, die zwei Drittel aller nachweisbaren Ölvorkommen der nichtkommunistischen Welt ausmachen. Schätzungsweise wird die nichtkommunistische Welt im Jahr 1995 zwischen 30 und 45 Prozent ihres Öls (1989 waren es 34,5%,

---

<sup>36</sup> Die Resolutionen der Vereinten Nationen sind abgedruckt in: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Reihe zur Diskussion gestellt, Nr. 36, Bonn 1991 sowie Internationales Zentrum Wien (Hrsg.): Informationsdienst der Vereinten Nationen, Februar 1991.

<sup>37</sup> Harald Müller in: Krieg statt Fortsetzung der Politik? Ein Forum der HSFK zur Golfkrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/1991, S. 161.

<sup>38</sup> Zit. nach Gorgé (Anm. 1), S. 200.

Ferdowsi) aus den Golfstaaten beziehen. Sollte die Sowjetunion je die Vorherrschaft über diesen Teil der Welt erlangen, dann wäre Moskau in der Lage, ungeheuren Druck auf Amerikas Verbündete in Westeuropa und Japan auszuüben.

Die Vereinigten Staaten haben daher keine andere Wahl, als jeder Bedrohung westlicher Interessen im Golf mit Entschlossenheit zu begegnen. Wollte Amerika sich aus der Region zurückziehen... so hieße dies, daß die US-Stellung im Golf in knapp zehn Jahren total zusammengebrochen wäre.

Der Hauptnutznießer eines amerikanischen Rückzugs wäre die Sowjetunion... Man kann sich ausmalen, welche Panik solche amerikanische Handlungsschwäche bei den schwachen und verwundbaren Golfstaaten auslösen würde.

In einer idealen Welt würden sich französische, britische, italienische, belgische und niederländische Streitkräfte den amerikanischen Marine-Patrouillen im Golf anschließen, und Japan würde für alle bezahlen. Das wäre eine perfekte Lösung. Daß sie unerreichbar ist, kann jedoch nicht bedeuten, daß Amerika gar nichts tun kann. Schließlich sind die Vereinigten Staaten eine Weltmacht, ihre Verbündeten nur Regionalmächte.<sup>39</sup>

Mit diesen weltpolitischen Zielsetzungen harmonisieren insbesondere die Hoffnungen der amerikanischen Öffentlichkeit, daß durch diese Demonstration politischer Führungskraft und technischer Überlegenheit Amerika den Glauben an die eigene Stärke wiederfinden werden. Ein Umstand, der zweifellos mit der seit Beginn der 80er Jahre geführten inneramerikanischen Diskussion über den Niedergang Amerikas als Weltmacht zusammenhängt<sup>40</sup>. Die wesentlichen Merkmale des "Abstiegs" faßten zwei ehemalige US-Außenminister, Henry Kissinger und Cyrus Vance, 1988 in einem gemeinsamen Beitrag wie folgt zusammen: "Bis zum Ende dieses Jahrhunderts werden sich einige der Pfeiler, auf denen nach dem Zweiten Weltkrieg die globale Ordnung errichtet worden ist, beträchtlich verändert haben. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so kann von ihrem atomaren Monopol schon längst keine Rede mehr sein. Unser Anteil an der Weltwirtschaft wird dann nicht einmal mehr halb so groß sein wie vor vierzig Jahren... Trotz unserer großen militärischen Stärke verringern sich unsere Möglichkeiten, die Welt nach unseren Überzeugungen zu gestalten. Wir können es uns finanziell nicht mehr leisten, aus eigener Kraft international so

---

<sup>39</sup> Zbigniew Brzezinski: Europa ist nicht mehr Brennpunkt. Die Vereinigten Staaten sollten sich mehr in Südwestasien engagieren und weniger in der NATO, in: DIE ZEIT, 19. Juni 1988, S.8 (Übersetzung aus: "America's New Geostrategy", in: Foreign Affairs, Frühjahr 1988).

<sup>40</sup> Siehe u.a. Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der Großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt/Main 1987. Siehe Henry R. Nau: The Myth of America's Decline. Leading the World Economy into the 1990s, New York 1990.

viel zu bewirken, wie in der Phase unmittelbar nach dem Krieg."<sup>41</sup>

#### IV. Zusammenfassung

Kontrastiert man die hier kurz skizzierten Motiven beider Hauptakteure, so lassen sie sich wie folgt zusammenfassen:

Im Falle der USA war wohl die Versuchung ausschlaggebend, in die Rolle des Weltpolizisten zurückzukehren, nachdem die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion im Kontext des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts zu Ende gegangen ist. Erleichtert wurde dies durch die Tatsache, daß die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges nicht mehr gegeben ist. Im Gefolge der Befreiung von dieser disziplinierenden Wirkung des Ost-West-Konfliktes und des drohenden Einsatzes der Nuklearwaffen interpretiert Ernst-Otto Czempiel nicht zu unrecht die Intervention der USA als "Paradefall für das, was wir in Zukunft zu erwarten haben: Größere Handlungsfreiheiten der regionalen Mächte auf der einen Seite und auf der anderen dann wahrscheinlich und vielleicht sogar aufgrund dessen auch der Versuch der Vereinigten Staaten, zu einer Weltpolitik zurückzukehren, die sie in den 50er Jahren auch wahrgenommen, aber spätestens seit dem atomaren Patt aufgegeben hatten. Mit dem Ende des Kalten Krieges und Ost-West-Konflikts könnte daher durchaus eine Zeit zunehmender interventionistischer Aktionen ausbrechen".<sup>42</sup>

Auch Saddam Husseins Entscheidung zur Eskalation der Krise dürfte nicht minder mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zusammenhängen, da auch er sich offenbar von der Disziplinierung durch den Ost-West-Konflikt und von der Oberaufsicht seitens der Sowjetunion befreit fühlte, mit der er immer noch durch einen Freundschaftsvertrag verbunden ist.

Ob und inwieweit die Signale der US-Administration an Saddam Hussein zwischen Mitte Juli und Anfang August, die insgesamt weder einheitlich auf Beschwichtigung angelegt noch in allen Nuancen stimmig waren, diese Entscheidung beschleunigt haben oder ihn gar in eine Falle gelockt haben<sup>43</sup>, bleibt wohl den späteren Untersuchungen vorbehalten. Doch aus der Perspektive des Iraks mußten die entscheidenden Botschaften den Eindruck vermittelt haben, daß die USA nicht zugunsten Kuwaits militärisch intervenieren würden. Besonders bedeutsam war in diesem Zusammenhang ein am 25. Juli kurzfristig

---

<sup>41</sup> Henry A. Kissinger/Cyrus Vance: Amerikas Auftrag nach Ronald Reagan, in: Die Zeit, 17. Juni 1988, S. 3-4.

<sup>42</sup> Ernst-Otto Czempiel, in: Krieg statt Fortsetzung der Politik? Ein Forum der HSFK zur Golfkrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/1991, S. 164; siehe auch Norman Birnbaum: Pax Americana? in: Der Spiegel, Nr. 12, 18. März 1991, S. 194-196.

<sup>43</sup> Pierre Salinger/E Laurent: Krieg am Golf, München 1991.

arrangiertes Treffen zwischen der US-Botschafterin in Irak, April Glaspie, und Saddam Hussein. Obwohl letzterer dabei - wie irakische Aufzeichnungen dieses Gespräches nahelegen<sup>44</sup> - deutlich gemacht hatte, daß er alle Mittel einsetzen würde, um der "kuwaitischen Aggression" zu begegnen und die USA davor warnte, sich einzumischen, weil die USA "10.000 Tote in einer Schlacht" nicht verkraften würden, betonte die Botschafterin - statt die Drohung zurückzuweisen -, daß die US-Regierung zum Konflikt "keine Meinung habe", daß Präsident Bush die Beziehungen mit dem Irak verbessern wolle und seine Administration nicht beabsichtige, die vom Kongreß geforderten Sanktionen gegen den Irak zu verhängen".<sup>45</sup>

Doch der Zeitpunkt der Invasion Kuwaits wurde zweifellos forciert durch die Ergebnisse des Arabischen Gipfeltreffens in Bagdad im Mai 1990, als sich das regionale Gleichgewicht zunehmend zu Lasten Iraks zu verändern drohte:

- Agypten und Syrien waren bemuhrt, alte Differenzen beizulegen, nachdem sie Ende 1989 ihre 1978 abgebrochenen Beziehungen wiederaufgenommen hatten;
- Iran und Kuwait signalisierten erstmals seit Mitte der 80er Jahre ihre Bereitschaft zur Normalisierung ihrer bilateralen Beziehungen;
- Saudi-Arabien unternahm größere Anstrengungen, sein Waffenarsenal aufzustocken;
- die im Golfkooperationsrat zusammengeschlossenen Scheichtumer und Staaten waren stärker denn je bemuhrt, die militärische Zusammenarbeit zu intensivieren.

Angesichts dieser kurzen Skizze deutet vieles darauf hin, daß es weder den USA in erster Linie um die Sicherung der Erdoversorgung ging wie jener immer wieder zitierte Aussage eines Mitarbeiters der US-Administration zu suggerieren versuchte, wonach "Gäbe es in Kuwait Organenplantagen anstatt Öl,

---

<sup>44</sup>Ebd. S.50-66.

<sup>45</sup> Frau Glaspie hat zwar am 21. März 1991 vor einem Kongresshearing des auswärtigen Ausschusses die veröffentlichten irakischen Aufzeichnungen als eine "manipulierte Version" bezeichnet, deren eigentlicher Inhalt und sein Kontext massiv zu propagandistischen Zwecken verzerrt worden sei, räumte jedoch ein, daß sie den vielzitierten Satz, die USA hätten "keine Meinung zu innerarabischen Konflikten wie dem irakischen Grenzstreit mit Kuwait", tatsächlich geäußert habe. Sie wies zwar darauf hin, daß Saddam Hussein nach den amerikanischen Warnungen, etwa die Ankündigung eines kurzfristig anberaumten gemeinsamen Flottenmanovers mit den Vereinigten Arabischen Emiraten in den Golfgewassern u.a. auch den ägyptischen Präsidenten Mubarak deutlich zu verstehen gegeben habe, daß er ein gewaltsames Vorgehen gegen Kuwait ausschließe und sie daher ebenfalls keinen Anlaß sah, an diesen Beteuerungen ernsthaft zu zweifeln, doch sie räumte allerdings ein: "Unser Fehler war, daß wir - ebenso wie jede andere Regierung - torichterweise nicht realisierten, daß er so dumm sein würde". Zit. nach Neue Zürcher Zeitung vom 23. März 1991. Trotz dieser Beteuerungen bleiben die wahren Begleitumstände ihres Gesprächs mit Saddam Hussein vom 25. Juli 1990 nach wie vor im Dunkeln, da das State Department in Übereinstimmung mit Frau Glaspie vorläufig nicht bereit ist, ihren schriftlichen Bericht, den sie nach Washington übermittelte, zu veröffentlichen.

könnten die USA sich auf ein paar diplomatische Protestsnoten beschränken"<sup>46</sup>, noch lag der Annexion eine ausschließlich "ökonomisch-zweckrationale" Entscheidung Saddam Husseins zugrunde.

---

<sup>46</sup> Noch deutlicher äußerten sich hohe US-Regierungsbeamte in Hintergrundgesprächen mit der Presse. So wurde beispielsweise ein namentlich nicht genannter US-Offizier am 25. Juli mit der Aussage zitiert, daß die USA im Falle einer irakischen Annexion eines kleineren Teils von Kuwait zwar Protest einlegen, Manöver abhalten und Kriegsschiffe auffahren lassen, aber "nicht in den Krieg ziehen" würden. Vgl. N. Boustany/P. E. Tyler: U.S. Pursues Diplomatic Solution in Persian Gulf Crisis. Warns Iraq, in: Washington Post, 25. Juli 1990, S. 17. zit. nach Gunther Hellmann: Der Krieg um Kuwait: Katalysator einer "neuen Weltordnung" oder Vorbote neuer Konflikte? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 7-8/1991, S. 15.